

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2001

Ausgegeben am 23. Jänner 2001

Teil III

20. Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

20.

ABKOMMEN

zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes

DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER REPUBLIK POLEN,

im folgenden „die Vertragsparteien“ genannt,

IN DER ERKENNTNIS, daß Diktatur und Krieg den Fremdenhaß, die Unfreiheit, Rassismus, Intoleranz und Massenmord brachten und daß die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust, der Völkermord an slawischen und anderen Völkern Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus sind,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß nur durch Gerechtigkeit und Versöhnung dauerhafte Stabilität und ein friedliches und sicheres Miteinander gewährleistet werden können sowie das Wissen und die Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems den künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergegeben werden müssen,

VON DEM WUNSCH GELEITET, Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, um ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiete der heutigen Republik Österreich eine freiwillige Leistung der Republik Österreich unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen zu geben,

IN DER ERKENNTNIS, daß durch diese freiwillige Leistung der Republik Österreich ein wesentlicher Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Verständigung der Völker in Europa gesetzt wird,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Fonds“ den durch österreichisches Bundesgesetz eingerichteten Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds).

(2) bezeichnet der Begriff „Stiftung“ die von der Republik Polen gegründete Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“.

Artikel 2

Gegenstand des Abkommens

Die Österreichische Bundesregierung wird den Fonds veranlassen, in einem Höchstmaß von ÖS 550 Millionen über die Stiftung einmalige finanzielle Beiträge an natürliche Personen zu leisten, die vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert und zur

Sklaven- oder Zwangsarbeit verpflichtet wurden, im Zeitpunkt ihrer Deportation polnische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Polen hatten.

Artikel 3

Grundsätze für den Empfang von Leistungen

(1) Als Leistungsempfänger kommen ehemalige vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportierte Sklaven- oder Zwangsarbeiter, insofern sie keine Leistungen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, in Betracht, nämlich

- a) Sklavenarbeiter (ÖS 105 000),
- b) Zwangsarbeiter in der Industrie (ÖS 35 000),
- c) Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft (ÖS 20 000),
- d) mitdeportierte Kinder und Minderjährige vor Vollendung des zwölften Lebensjahres und Kinder, die während des Zwangsarbeitseinsatzes ihrer Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden (je nach Kategorie der Eltern) und
- e) weibliche Zwangsarbeiter, die Kinder in Ostarbeiterinnenentbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden (zusätzlich ÖS 5 000),

die im Zeitpunkt ihrer Deportation polnische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Polen hatten.

(2) Leistungen sind höchstpersönlich und ausdrücklich zu beantragen. Personen, deren vollständige und überprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Stiftung befinden, sind nicht verpflichtet, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach polnischem Recht. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen gemäß diesem Abkommen besteht nicht.

(3) Der Antragsteller hat die Leistungsvoraussetzungen durch Urkunden nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Beim Empfang der Leistung ist eine Erklärung abzugeben, daß auf die Geltendmachung von Forderungen gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen und gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen für Sklaven- und Zwangsarbeit gemäß diesem Abkommen unwiderruflich verzichtet wird.

(4) Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Polen informieren einander gesondert über die Einzelheiten der Regelung für Empfang und Umfang der Leistungen.

Artikel 4

Grundsätze für die Erbringung der Leistung

(1) Die Auszahlung der vom Fonds zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt durch die Stiftung. Mittel des Fonds werden je nach Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist auf Grund der von der Stiftung übermittelten und vom Fonds stichprobenartig überprüften Listen der Personen gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Kategorien, die die Leistungsvoraussetzungen erfüllen, zugewiesen.

(2) Die Zahlungen erfolgen in konvertibler Währung (Devisen) auf das Konto der Stiftung, das die Regierung der Republik Polen der Österreichischen Bundesregierung angeben wird.

(3) Die Regierung der Republik Polen verpflichtet sich, Leistungen nach diesem Abkommen von allen Abgaben, Steuern und Gebühren zu befreien, die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben und insbesondere keine Minderung von Einkünften der Leistungsberechtigten aus dem System der sozialen Sicherheit, dem Gesundheitswesen oder aus anderen Bereichen herbeizuführen.

(4) Die Stiftung wird dafür Sorge tragen, daß Personen, deren Anträge auf Leistungen sie abgewiesen hat, die Möglichkeit der Anrufung einer Beschwerdestelle der Stiftung eingeräumt wird.

(5) Im Interesse größtmöglicher Transparenz bei der Durchführung dieses Abkommens ist eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung der Stiftung vorzusehen, deren Auswahl im Einvernehmen zwischen Stiftung und Fonds zu treffen ist. Die anfallenden Kosten werden vom Fonds übernommen.

(6) Bei der Gewährung der Leistung ist Vorsorge zu treffen, daß die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit entsprechend betont werden.

(7) Einzelheiten der Leistungserbringung sind in Verträgen zwischen dem Fonds und der Stiftung zu regeln. In diesen Verträgen ist auch die Übernahme der angemessenen Deckung der bei der Stiftung

entstehenden Personal- und Sachkosten durch Mittel des Fonds zu regeln. Weiters ist sicherzustellen, daß es bei Sklaven- und Zwangsarbeit, die teilweise sowohl im Leistungsbereich der deutschen Stiftung als auch in jenem des Fonds geleistet wurde, zu keinen Doppelzahlungen kommt.

Artikel 5

Datenschutz

(1) Die Stiftung und der Fonds sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen der Stiftung oder des Fonds überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Abkommen, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

Artikel 6

Vertretung

(1) Die Regierung der Republik Polen kann einen Vertreter als Mitglied in das Kuratorium des Versöhnungsfonds entsenden.

(2) Die Regierung der Republik Polen wird dafür Sorge tragen, daß vom Fonds zu benennenden Personen gestattet wird, in die Arbeiten der Stiftung, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, Einsicht zu nehmen.

Artikel 7

Rechtssicherheit

Die Republik Polen wird weitere Forderungen gegenüber der Republik Österreich oder österreichischen Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Regime auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich nicht geltend machen und weder vertreten noch unterstützen.

Artikel 8

Anträge früherer oder heutiger polnischer Staatsbürger außerhalb des Abkommens

Dieses Abkommen berührt nicht die Möglichkeit früherer oder heutiger polnischer Staatsbürger, die nicht unter dieses Abkommen fallen, Anträge direkt an den Fonds zu richten.

Artikel 9

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte schriftliche Mitteilung in Empfang genommen wird, mit denen die Vertragsparteien einander über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens in Kenntnis gesetzt haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. Oktober 2000, in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Österreichische Bundesregierung:

Dr. Wolfgang Schüssel

Für die Regierung der Republik Polen:

Dr. Jerzy Kranz

UMOWA

MIĘDZY AUSTRIACKIM RZĄDEM FEDERALNYM A RZĄDEM RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ

SPÓŁPRACY W DZIEDZINIE DOBROWOLNYCH ŚWIADCZEŃ REPUBLICY AUSTRII NA RZECZ BYŁYCH ROBOTNIKÓW NIEWOLNICZYCH I ROBOTNIKÓW PRZYMUSOWYCH REŻIMU NARODOWOSOCJALISTYCZNEGO

AUSTRIACKI RZĄD FEDERALNY I RZĄD RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ,

zwane dalej “Stronami Umowy”,

UZNAJĄC, że dyktatura i wojna przyniosły nienawiść do obcych, niewolę, rasizm, nietolerancję i masowe mordy, że niepowtarzalny i nieporównywalny charakter zbrodni holocaustu oraz ludobójstwo na narodach słowiańskich i innych stanowią wezwanie do stałej czujności wobec wszelkich form dyktatury i totalitaryzmu,

PRZEKONANE, że trwała stabilność i pokojowe oraz bezpieczne współistnienie mogą być zapewnione jedynie przez sprawiedliwość i pojednanie oraz, że wiedza i uwrażliwienie na struktury i mechanizmy narodowosocjalistycznego systemu bezprawia muszą być przekazane przyszłym pokoleniom jako przestroga na przyszłość,

KIERUJĄC SIĘ pragnieniem takiego ukształtowania współpracy między Stronami Umowy, aby byłym robotnikom niewolniczym i robotnikom przymusowym reżimu narodowosocjalistycznego na terytorium dzisiejszej Republiki Austrii przyznać dobrowolne świadczenia Republiki Austrii, przy uwzględnieniu odpowiedzialności odnośnych przedsiębiorstw,

ŚWIADOME, że poprzez niniejsze dobrowolne świadczenie Republiki Austrii wniesiony zostaje istotny wkład w pojednanie, pokój i porozumienie narodów w Europie,

UZGODNIŁY, CO NASTĘPUJE:

Artykuł 1

Definicje

Dla celów niniejszej Umowy:

1. określenie “Fundusz” oznacza ustanowiony na mocy austriackiej ustawy federalnej Fundusz na rzecz dobrowolnych świadczeń Republiki Austrii dla byłych robotników niewolniczych i robotników przymusowych reżimu narodowosocjalistycznego (Fundusz Pojednania).
2. określenie “Fundacja” oznacza ustanowioną przez Rzeczpospolitą Polską Fundację “Polsko-Niemieckie Pojednanie”.

Artykuł 2

Przedmiot Umowy

Austriacki Rząd Federalny ustanowi Fundusz, który - za pośrednictwem Fundacji - wypłaci jednorazowe świadczenia finansowe w maksymalnej wysokości 550 milionów szylingów austriackich na rzecz osób fizycznych deportowanych przez reżim narodowosocjalistyczny na terytorium dzisiejszej Republiki Austrii, które zostały zobowiązane do pracy niewolniczej lub przymusowej, i które w momencie deportacji były obywatelami polskimi, a w dniu 15 lutego 2000 roku miały stałe miejsce zamieszkania w Rzeczypospolitej Polskiej.

Artykuł 3

Zasady otrzymywania świadczeń

1. Uprawnionymi do otrzymania świadczeń są byli robotnicy niewolniczy i robotnicy przymusowi, deportowani przez reżim narodowosocjalistyczny na terytorium dzisiejszej Republiki Austrii, o ile nie mogą otrzymać świadczeń z tytułu byłej pracy niewolniczej lub

pracy przymusowej od Fundacji “Pamięć, Odpowiedzialność i Przyszłość” Republiki Federalnej Niemiec, a mianowicie:

- a) robotnicy niewolniczy (105.000 szylingów austriackich),
- b) robotnicy przymusowi w przemyśle (35.000 szylingów austriackich),
- c) robotnicy przymusowi w rolnictwie (20.000 szylingów austriackich),
- d) deportowane wraz z rodzicami dzieci i małoletni przed ukończeniem 12-ego roku życia oraz dzieci urodzone na terytorium dzisiejszej Republiki Austrii w okresie wykonywania przez matkę pracy przymusowej (odpowiednio do kategorii rodziców), oraz
- e) robotnice przymusowe, które urodziły dzieci w tak zwanych domach położniczych dla robotnic ze Wschodu albo zostały przymuszone do przerwania ciąży (dodatkowo 5.000 szylingów austriackich),

którzy w momencie deportacji byli obywatelami polskimi, a w dniu 15 lutego 2000 roku mieli stałe miejsce zamieszkania w Rzeczypospolitej Polskiej.

2. Wnioski w sprawie świadczenia należy zgłaszać osobiście i wyraźnie. Do ponownego zgłaszania wniosków o wypłatę nie są zobowiązane osoby, których pełna i zweryfikowana dokumentacja o świadczonej przez nie pracy niewolniczej lub pracy przymusowej znajduje się w posiadaniu Fundacji. Jeżeli uprawniony zmarł w dniu 15 lutego 2000 roku lub później, prawo do świadczenia przechodzi na spadkobierców zgodnie z prawem polskim. W odniesieniu do świadczeń objętych niniejszą Umową nie istnieje roszczenie prawne.

3. Wnioskodawca musi udokumentować lub w inny sposób uwiarygodnić istnienie przesłanek do otrzymania świadczenia. Przy otrzymaniu świadczenia składa się oświadczenie o nieodwołalnym zrzeczeniu się dochodzenia wobec Republiki Austrii lub austriackich przedsiębiorstw oraz Republiki Federalnej Niemiec lub przedsiębiorstw niemieckich roszczeń z tytułu pracy niewolniczej lub pracy przymusowej objętych niniejszą Umową.

4. Austriacki Rząd Federalny i Rząd Rzeczypospolitej Polskiej informują się odrębnie o szczegółach uregulowań dotyczących otrzymywania i zakresu świadczeń.

Artykuł 4

Zasady przekazywania świadczeń

1. Wypłata środków udostępnionych przez Fundusz następuje za pośrednictwem Fundacji. Środki Funduszu przekazywane będą w zależności od potrzeb w możliwie najkrótszym terminie na podstawie przedłożonych przez Fundację i sprawdzonych wyrywkowo przez Fundusz list osób według kategorii określonych w artykule 3 ustęp 1, które spełniają przesłanki do otrzymania świadczeń.
2. Wypłaty dokonywane są w walucie wymiennej (dewizy) na konto Fundacji wskazane austriackiemu Rządowi Federalnemu przez Rząd Rzeczypospolitej Polskiej.
3. Rząd Rzeczypospolitej Polskiej zobowiązuje się do zwolnienia świadczeń przekazywanych na mocy niniejszej Umowy od wszelkich obciążeń, podatków i opłat oraz do przekazywania świadczeń bez potrąceń. W szczególności świadczenia te nie mogą prowadzić do zmniejszenia osobom uprawnionym przychodów z systemu zabezpieczenia socjalnego, systemu ochrony zdrowia oraz z innych tytułów.
4. Fundacja zadba, aby osobom, których wnioski o świadczenie zostały odrzucone, umożliwić zwrócenie się do instancji odwoławczej Fundacji.
5. Celem zagwarantowania możliwie największej przejrzystości przy realizacji niniejszej Umowy przewiduje się odpowiednią, regularną, międzynarodową kontrolę gospodarczą Fundacji, ustaloną w drodze porozumienia między Fundacją i Funduszem. Stosowne koszty ponosi Fundusz.
6. W toku realizacji świadczeń należy zapewnić, by austriackie pochodzenie środków oraz cel świadczeń zostały należycie przedstawione uprawnionym do otrzymania świadczeń oraz opinii publicznej.
7. Szczegóły przekazywania świadczeń zostaną uregulowane w porozumieniach między Funduszem a Fundacją. Porozumienia te regulować będą także przejęcie przez Fundusz odpowiedniego pokrycia powstających po stronie Fundacji kosztów osobowych i rzeczowych.

Ponadto zapewnione zostanie, by w przypadku pracy niewolniczej lub pracy przymusowej, objętej częściowo świadczeniami Funduszu oraz częściowo fundacji niemieckiej, nie dochodziło do przypadków podwójnych wypłat.

Artykuł 5

Ochrona danych

1. Fundacja i Fundusz uprawnione są do uzyskiwania w urzędach i innych instytucjach publicznych informacji niezbędnych do wypełniania swych zadań. Odmawia się udzielenia informacji jeżeli wynika to ze szczególnych przepisów ustawowych lub jeżeli wymagający ochrony poufny interes danej osoby przeważa nad interesem Fundacji lub Funduszu.
2. Uzyskane informacje mogą być użyte jedynie dla realizacji celów niniejszej Umowy, a dane osobowe wnioskodawcy jedynie dla celów procedury przyznawania świadczenia. Użycie tych informacji dla innych celów jest dozwolone jedynie pod warunkiem wyraźnej zgody wnioskodawcy.

Artykuł 6

Przedstawiciele

1. Rząd Rzeczypospolitej Polskiej może delegować jednego przedstawiciela jako członka Kuratorium Funduszu Pojednania.
2. Rząd Rzeczypospolitej Polskiej zadba, aby umożliwić osobom wskazanym przez Fundusz wgląd w prace Fundacji związane z realizacją niniejszej Umowy.

Artykuł 7

Bezpieczeństwo prawne

Rzeczpospolita Polska nie będzie dochodziła, reprezentowała, ani też popierała dalszych roszczeń wobec Republiki Austrii lub austriackich przedsiębiorstw z tytułu wykonywania w

okresie reżimu narodowosocjalistycznego pracy niewolniczej i pracy przymusowej na dzisiejszym terytorium Republiki Austrii.

Artykuł 8

Wnioski byłych i obecnych obywateli polskich nie objętych Umową

Umowa niniejsza nie narusza możliwości byłych i obecnych obywateli polskich, nie objętych niniejszą Umową, do zgłaszania wniosków bezpośrednio do Funduszu.

Artykuł 9

Wejście w życie

Niniejsza Umowa wchodzi w życie w dniu otrzymania ostatniego pisemnego potwierdzenia, w którym Strony Umowy informują się wzajemnie o spełnieniu wewnątrz krajowych przesłanek wejścia Umowy w życie.

SPORZĄDZONO w Wiedniu, dnia 24 października 2000 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty mają jednakową moc.

Z UPOWAŻNIENIA AUSTRIACKIEGO
RZĄDU FEDERALNEGO

Dr. Wolfgang Schüssel

Z UPOWAŻNIENIA RZĄDU
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ

Dr. Jerzego Kranza

Die Mitteilungen gemäß Art. 9 des Abkommens langten am 5. bzw. 13. Dezember 2000 bei den Vertragsparteien ein; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 9 mit 13. Dezember 2000 in Kraft getreten.

Schüssel